

WAS LÄUFT FALSCH?

# Ein Haarschnitt kostet mehr als eine Ingenieurstunde

Gastkommentar

von HEINZ MARTI, Usic

Die Tiefpreisproblematik bei den Honoraren beschäftigt die Ingenieurbranche bereits seit einiger Zeit. In den letzten Monaten hat sich die Situation jedoch drastisch zugespitzt: Aufträge mit Stundenansätzen von 50 bis 60 Franken werden herumgereicht, die Branche ist alarmiert. Die Entwicklung ist unverständlich, denn die intellektuellen Ingenieurdienstleistungen machen am Gesamtbudget eines Projekts bloss einen Bruchteil aus, die Hebelwirkung dieser Leistungen auf die Gesamtkosten ist hingegen enorm.

Theoretisch und juristisch entscheidet im öffentlichen Beschaffungsrecht normalerweise nicht nur der Preis darüber, welcher Bewerber den Auftrag erhält. Auch qualitative Kriterien spielen eine Rolle. Doch in der Praxis zeigt sich, dass oftmals alle Offerten punkto Qualität mit den gleichen oder ähnlichen Noten bewertet werden, weshalb schliesslich dann eben doch der tiefste Preis das übrig bleibende und somit alleinige Entscheidungskriterium ist. Die Folge ist ein ruinöser Preiswettbewerb.

Unsere Branche besteht aus liberalen Unternehmern, die dem Wettbewerb viel abgewinnen können und davon ausgehen, dass dieser Qualität und Innovation fördert. Geht der Wettbewerb aber zu weit, beschneidet der Preis die kreativen Möglichkeiten der Ingenieure. Statt Qualität erhält man minimalistische Leistung. Deckt der Preis nicht einmal mehr die Betriebskosten, wirkt sich das katastrophal auf den Schweizer Arbeitsmarkt aus.

Sollten öffentliche Bauherren Qualität und Innovation nicht mehr angemessen honorieren, würde dies einen ruinösen Preiskampf in der Planerbranche auslösen, welcher mittelfristig die

**Gesunder Wettbewerb und zerstörerischer Preiskampf sind nicht dasselbe.**

Löhne der Angestellten unter Druck setzte. Das ist aus moralischen Gründen nicht erstrebenswert und setzt zudem falsche Anreize, ist doch dieses Arbeitsmarktsegment sowieso schon vom Fachkräftemangel arg betroffen.

Es droht zudem eine Flurbereinigung bei den Ingenieurunternehmen, womit weitere Arbeitsplätze verloren gehen können. Bereits jetzt gründen immer mehr Ingenieurunternehmen ausländische Tochterfirmen, lagern also nicht standortgebundene Ingenieurleistungen ins günstigere Ausland aus. Indem die Firmen diese einfacheren Arbeiten ins Ausland transferieren, nehmen sie Jungingenieuren die Möglichkeit, das Einmaleins des Handwerks in der Schweiz zu erlernen.

Letztes Jahr wurde ein Vergabemonitoring lanciert, welches im Einklang mit der geltenden Kartellgesetzgebung den Mitgliedern der Schweizerischen Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen (Usic) die Möglichkeit bietet, auffällige Vergabeverfahren zu melden, um das Ausmass der Tiefpreisproblematik mit Zahlen zu unterlegen. Verbandsintern wird zudem ein Gesamtarbeitsvertrag evaluiert, um die Löhne unserer Arbeitnehmenden zu schützen und die Attraktivität des Berufes zu gewährleisten. Um dem ruinösen Preiskampf einen Riegel zu schieben, steht zudem die Revision des öffentlichen Beschaffungsrechts im Vordergrund. Der Verband fordert, dass «offensichtlich zu tiefe Angebote» ausgeschlossen werden können. Damit soll den Vergabebehörden die rechtliche Grundlage geschaffen werden, Dumpingangebote auszuschliessen. Gleichzeitig soll es künftig möglich sein, dass Vergaben von intellektuellen Dienstleistungen alleine aufgrund eines Qualitätswettbewerbs erfolgen.

Die Usic ist sich durchaus bewusst, dass sie im Kampf gegen das Preisdumping auf unliberale Rezepte zurückgreift. Da sich momentan aber alle Marktteilnehmer aus der Verantwortung stellen, sehen wir keine andere Möglichkeit, die Qualität der Schweizer Ingenieurkunst zu erhalten.

Heinz Marti ist Präsident der Schweizerischen Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen (Usic).

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.